

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Stephan Gamm, Silke Seif, Dr. Anke Frieling,
Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Qualität an Hamburgs Schulen steigern – Lehrkräfte und Schulgemein-
schaften entlasten**

Hamburgs Schulgemeinschaften, ihre Schulleitungen und Lehrkräfte leisten viel. Unsere Schulen sehen sich jedoch vielfältigen Herausforderungen gegenübergestellt. Der Lehrkräftemangel, die Mehrbelastung von Lehrkräften, wachsende Schülerzahlen und nicht zuletzt der Unterrichtsausfall haben einen nachhaltigen Einfluss auf die Qualität des Unterrichts. Hier besteht Handlungsbedarf. Es wurde zwar eine Reihe von qualitätsverbessernden Maßnahmen im Rahmen des Schulstrukturfriedens vereinbart (vergleiche Drs. 21/18362). Dennoch sind etliche dieser Maßnahmen bisher nur unzureichend bis gar nicht umgesetzt worden, wie aus der Großen Anfrage der CDU-Fraktion (Drs. 22/14139) hervorgeht.

Obwohl sich die Lehrkräfte seit Jahren einer steigenden Mehrbelastung gegenübergestellt sehen, wurden die Lehrkräfte bisher nur an einigen Schulen von Verwaltungsaufgaben entlastet. So wurden zu wenig Verwaltungsleitungen eingeführt (vergleiche Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drs. 22/14139). Und auch der Rechnungshof moniert in seinem Jahresbericht 2024: „Nur in rund einem Drittel der Stadtteilschulen unterstützen Verwaltungsleitungen die Schulleitungen und Lehrkräfte“ (<https://www.hamburg.de/contentblob/18202992/670aae1cf5dcd9c097c71b2f923d62fc/data/jahresbericht-2024.pdf>). Hinzu kommt die hohe Zahl an unbesetzten Stellen. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen haben die Schulleitungen Probleme, ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zu finden. All diese Faktoren haben auch einen nachhaltigen Einfluss auf die Unterrichtsqualität an Hamburgs Schulen. Als weiterer Punkt kann die mangelnde Bereitschaft der Schulbehörde genannt werden, das Lehrerarbeitszeitmodell (LAZM) endlich den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Seit Längerem drängt die CDU-Fraktion auf die Beauftragung einer wissenschaftlichen Auswertung des Zeitaufwandes für alle zu bewältigenden Aufgaben von Lehrkräften. Darauf aufbauend und unter Berücksichtigung der vorliegenden Evaluationen aus 2005 und 2008 sollte das LAZM endlich umfassend reformiert werden (vergleiche Drs. 22/12155). Ähnlich verhält es sich beim Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte an den staatlichen Schulen, hier ducken sich SPD und GRÜNE ebenfalls weg (vergleiche Drs. 22/12354). Die CDU-Fraktion erwartet hier vom rot-grünen Senat mehr und macht daher eine Reihe von Vorschlägen, welche dazu beitragen sollen, Hamburgs Schulen endlich zu attraktiven Arbeitsorten weiterzuentwickeln und die Qualität an unseren Schulen nachhaltig zu steigern.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine wissenschaftliche Auswertung des Zeitaufwandes für alle zu bewältigenden Aufgaben von Lehrkräften zu beauftragen;
2. darauf aufbauend und unter Berücksichtigung der vorliegenden Evaluationen aus 2005 und 2008 das LAZM umfassend zu reformieren;

3. auf Basis der wissenschaftlichen Auswertung Lehrkräfte und Schulleitungen von administrativen Tätigkeiten zu entlasten;
4. bei den Schulen noch einmal gezielt für die Möglichkeit und Vorteile der Einstellung einer Verwaltungsleitung zu werben;
5. den Schulen hierfür eine zusätzliche Stelle zur Verfügung zu stellen und die Wertigkeit der Stelle insgesamt zu erhöhen;
6. das Stellenbesetzungsverfahren an den einzelnen Schulen auf den Prüfstand zu stellen. Schulaufsicht und Personalabteilung sind stärker in die Pflicht zu nehmen und erhalten entsprechende Befugnisse. Sofern Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen Probleme haben, ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zu finden, unterstützt die Schulaufsicht die Schulen dahin gehend, dass diese Schulen vorrangig vor anderen Schulen mit den am besten qualifizierten Lehrkräften versorgt werden;
7. den Arbeits- und Gesundheitsschutz von Beschäftigten an den staatlichen Schulen in den Blick zu nehmen und substantiell zu verbessern;
8. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2024 zu berichten.